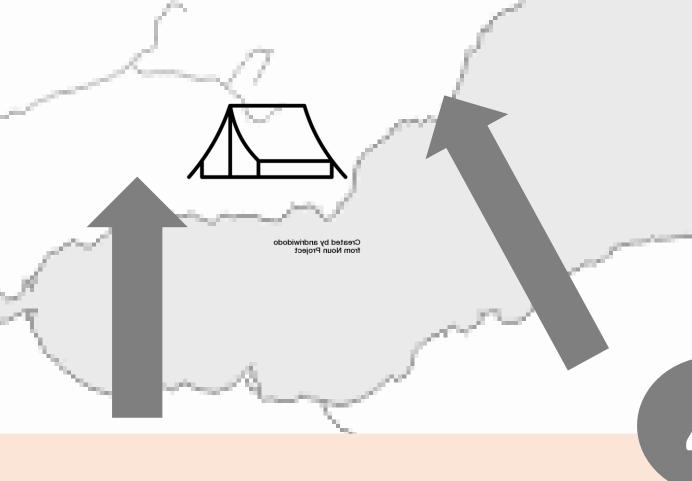
Auf der Suche nach Sicherheit versuchen viele Geflüchtete über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Der Weg über das Meer ist gefährlich, viele Boote sind nicht gut genug ausgerüstet und einige geraten in Seenot. Die Rettung der Schiffbrüchigen hat in den vergangenen Jahren eine starke politische Debatte ausgelöst, die die EU vor einen inneren Konflikt stellt. Zum einen ist die Rettung von Menschenleben rechtlich festgeschrieben und insbesondere die EU setzt sich nach außen viel für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Auf der anderen Seite ist es vielen Mitgliedsstaaten wichtig, Grenzkontrollen durchzusetzen und für Sicherheit innerhalb der EU zu sorgen. Die Migrant*innen werden häufig mit einer Bedrohung für die innere Sicherheit der EU assoziiert, was zu einer verstärkten Versicherheitlichung der EU-Außengrenzen und einer Illegalisierung der Seenotrettung führt. In diesem Poster sollen die verschiedenen Aspekte dieser Abschottungspolitik, ihrer rechtlichen und politischen Grundlagen und ihrer Rechtfertigung

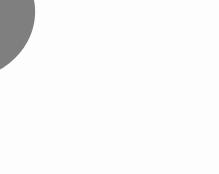
Seenotrettung im Mittelmeer – legitim und illegal?

Zwischen 2014 und 2017 starben 14.500 Menschen bei dem Versuch über das Mittelmeer nach Europa zu kommen.

Spanien: 65.400 Ankünfte in 2018







Illegalisierung der Seenotrettung

Seit 2015 verstärkt private Seenotrettung:

dargestellt werden.

- Forderung nach legalen Zugangswegen für Flüchtlinge nach Europa
- viel Öffentlichkeitsarbeit; kritisieren unterlassene Rettungen/Hilfeleistungen

2017: EU-Verhaltenskodex für private Seenotrettung

- Einfahrtsbeschränkungen in europäische Häfen
- Beschlagnahmung von Schiffen und Anklagen gegen Seenotretter
- Vorwurf: Beihilfe zur illegalen Einreise
- Selbst bei Freispruch nach Anklage, schreckt dies zukünftige Schiffe von der Seenotrettung ab

Kein Visa aus humanitären Gründen

- Schutzsuche oft ohne Einreiseerlaubnis (illegal)
- -> Fluchthilfe als "organisierte Kriminalität"
- illegaler Grenzübertritt auf dem Seeweg ist kriminell;
- "Bedrohung der europäischen Sicherheit"

Italien:

23.400 Ankünfte in 2018



Griechenland:

50.500 Ankünfte

in 2018





- Als **Bedrohung**: Verknüpfung mit Terrorismus, Gefahr, Schmugglern, Kriminellen
- Darstellung wird durch Abwehraktionen der EU gefördert und legitimiert wiederrum Abschottungspolitik
- Als **Opfer**: haben nichts, brauchen Hilfe
- Verstärkt Machtgefüge und Ungleichbehandlung
- Als Rechtssubjekte und als handelnde Akteure
- Benötigt differenzierte Perspektive, die die Perspektive der Migrant*innen miteinbezieht

Externalisierungspolitik

- Verschiebung von Grenzen; Kontrollen bereits weit vor den eigentlichen Grenzen der EU
- Unterstützung bei der Grenzkontrolle in Drittländern; Bsp. Ausbildung der libyschen Küstenwache
- Bsp Libyen: menschenunwürdige Lager, schwere Menschenrechtsverletzungen durch die libysche Küstenwache



** EU Humanitär- vs. Sicherheitspolitik

Parteien

- SAR (Save and Rescue) Einsätze
- 2013-14: Mare Nostrum zur Seenotrettung
- EU Werte beinhalten Menschenrechte
- gesetzlich verpflichtet Menschen Schutz zu gewähren
- Aussetzen des Asylrechts nur bei nationalem Notstand

- Fokus auf Sicherheitspolitik
- Erstarken rechtsextremer
- wachsender Fremdenhass als Reaktion auf Terroranschläge in Europa
- Rückführung von Geflüchteten
- Externalisierung der Grenzkontrollen
- Verstärkte Grenzüberwachung durch Frontex



Gesetzliche Regelung von Seenotrettung

Pflicht zur **Seenotrettung**

nach Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ), dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz menschlichen Lebens auf See und im Internationalen Abkommen über Seenotrettung

Flüchtlingsrecht

- GFK Art. 33 Non-Refoulment; Menschen dürfen erst nach Prüfung von Schutzbedürftigkeit abgelehnt werden, Schutzbedürftige Menschen müssen aufgenommen werden
- Verbot der Kollektivablehnung (4. ZuPr EMRK)
- EMRK Art. 3 Verbot von Folter: Menschen dürfen nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Folter droht



Fazit

Die Versicherheitlichung der europäischen Außengrenzen verstößt gegen die Menschenrechte und führt zu einer Glaubwürdigkeitskrise der EU. Die Illegalisierung der Seenotrettung kann als rein politisch motiviert eingestuft werden und führt dazu, dass das Mittelmeer mittlerweile die tödlichste Grenze der Welt ist. Es bedarf einer Reformierung der europäischen Asylpolitik, einer stärkeren Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte, einer umfangreichen Ursachenbekämpfung von Flucht und einer angemessenen Darstellung von Migrant*innen als handelnde Akteure, und nicht als Opfer oder Gefahr.

Quellen:

tudentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg – Wissenschaft Online. Nr. 1 (2019): StudZR-

odies at the EU's Mediterranean frontier. In: Political Geography 55, S. 40–49. Mountz, Alison; Loyd, Jenna (1): Constructing the Mediterranean Region: Obscuring Violence in the

elefeld, Germany: transcript Verlag, S. 177–208

Citizenship Studies 20 (5), S. 561–578. Tazzioli, Martina (2016): Border displacements. Challenging the politics of rescue between Mare Nost UNHCR (2019): Routes towards the Meditterranean. Reducing Risks and Strengthening Proctection Vries, Leonie Ansems de; Guild, Elspeth (2019): Seeking refuge in Europe: spaces of transit and the violence of migration management. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 45 (12), S. 2156–2166 Wiertz, Thilo (2020): Biopolitics of migration: An assemblage approach. In: Environment and Planning

EU by kai b from the Noun Project, Law by Ralf Schmitzer from the Noun Project, Barbed Wire by Steph Plaster from the Noun Project, Migrant Boat by Luis Prado from the Noun Project, Immigrants by Luis

D-maps.com 2021, Map Mediterranean Sea. https://d-maps.com/carte.php?num_car=3128&lang=e